

02.03.2026

Presseerklärung der GGG Niedersachsen zum Entschließungsantrag der CDU zur „Reform der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe stoppen - politische Bildung stärken - Allgemeinbildung sichern!“ vom 24.02.2026

Die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule in Niedersachsen (GGG) bekräftigt ihre ausdrückliche Unterstützung für die geplante Reform der gymnasialen Oberstufe in Niedersachsen, die ab dem Schuljahr 2027/28 in Kraft treten soll. Aus Sicht des Vorstands ist die Neuordnung ein bedeutender und überfälliger Schritt hin zu einer zeitgemäßen, gerechteren und leistungsstarken Sekundarstufe II.

Die vorliegenden Eckpunkte für Einführungs- und Qualifikationsphase sind das Ergebnis eines breit angelegten, transparenten und dialogischen Beteiligungsprozesses. Dass dabei ein weitgehender Konsens zwischen Verbänden, Interessenvertretungen sowie Expertinnen und Experten aus Schulen und Verwaltung erzielt werden konnte, wertet die GGG als starkes Signal für die Zukunftsfähigkeit des niedersächsischen Abiturs.

Mit der Reform werden die Vorgaben der Kultusministerkonferenz (KMK) konsequent umgesetzt. Damit wird die bundesweite Vergleichbarkeit gestärkt und die Chancengerechtigkeit niedersächsischer Abiturientinnen und Abiturienten verbessert.

Im Zentrum der Reform steht ein moderner Leitgedanke: mehr Wahlmöglichkeiten und größere Flexibilität für Schülerinnen und Schüler. Eine zeitgemäße Oberstufe muss der zunehmenden Heterogenität von Bildungsbiografien Rechnung tragen. Individuelle Schwerpunktsetzungen fördern Motivation, Verantwortungsübernahme und nachhaltige Lernerfolge – zentrale Voraussetzungen für erfolgreiche Bildungswege in Studium, Ausbildung und Beruf.

Der Entschließungsantrag der CDU zur Einführungsphase orientiert sich an „dem ewig Gestrigen“ und ignoriert die Realitäten einer zeitangemessenen Bildung, wie sie von der Kultusministerkonferenz formuliert wurde.

Die Einführungsphase wird künftig nicht länger als bloßes „Warteschleifenjahr“ vor der Qualifikationsphase verstanden, sondern als gestaltbarer Übergangsraum mit klarem Profil. Das ist ein echter Systemwechsel.

Schluss mit unnötiger Gleichmacherei

Mit der neuen Struktur aus Pflichtbereich und zwei Wahlpflichtbereichen erhalten Schülerinnen und Schüler erstmals substanzielle Möglichkeiten, eigene Schwerpunkte zu setzen. Während der verbindliche Kern die Allgemeinbildung sichert, eröffnen insbesondere die 16 Wochenstunden in den Wahlpflichtbereichen echte Profilbildung. Bei aller Zustimmung zur größeren Wahlfreiheit sieht die

Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule in Niedersachsen einen Punkt mit kritischem Blick: Die Möglichkeit, das Fach Politik in der Einführungsphase abzuwählen, wirft bildungspolitische Fragen auf.

Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung, wachsender Desinformation und sinkender Wahlbeteiligung junger Menschen ist politische Bildung kein Nebenfach, sondern Kernauftrag öffentlicher Schule. Demokratie lebt vom Verständnis ihrer Institutionen, vom reflektierten Umgang mit Medien, von Urteilsfähigkeit und Partizipationskompetenz.

Eine moderne Oberstufe darf deshalb nicht nur auf individuelle Schwerpunktsetzung setzen, sondern muss zugleich sicherstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler tragfähige Grundlagen politischer Bildung erwerben. Wer das Abitur als allgemeine Hochschulreife versteht, muss auch die demokratische Reife junger Erwachsener im Blick behalten.

Die GGG plädiert daher dafür, im weiteren Ausgestaltungsprozess sorgfältig zu prüfen, wie politische Bildung in der Einführungsphase verbindlich abgesichert werden kann – sei es durch curriculare Verankerung, integrative Formate oder andere geeignete Modelle.

Mehr Wahlfreiheit ist richtig. Aber Demokratiebildung ist keine Option – sie ist Voraussetzung.

Überholte Sonderregelungen bei der zweiten Fremdsprache werden abgebaut

Besonders positiv bewertet die GGG den Abbau bisheriger Regelungen, die über die KMK-Vorgaben hinausgingen und für niedersächsische Schülerinnen und Schüler strukturelle Nachteile in der Einführungsphase und der Qualifikationsphase mit sich brachten. Hierzu zählt auch die verpflichtende Fortführung einer zweiten Fremdsprache,

Für diese zusätzlichen Vorgaben ließ sich kein nachweisbarer Qualitätsgewinn belegen. Ihr Wegfall erhöht die Vergleichbarkeit des Abiturs und sorgt zugleich für eine spürbare Entlastung von Lernenden und Lehrkräften.

Vertiefungsunterricht: Förderung ohne Selektionsdruck

Politisch besonders bedeutsam ist der neu konzipierte Wahlpflichtbereich II. Dass Vertiefungsangebote ausdrücklich nicht benotet und nicht versetzungsrelevant sind, markiert einen Perspektivwechsel. Förderung und Forderung werden hier nicht als zusätzliche Hürde, sondern als unterstützendes Angebot verstanden.

Ob Mathematikförderung, Rhetorik, künstlerisch-praktische Kurse oder Deutsch als Zweitsprache – Schulen können auf ihre konkrete Schülerschaft reagieren. Genau diese Flexibilität braucht ein zeitgemäßes Bildungssystem.

Moderne Leistungsformate stärken Kompetenzen

Auch bei der Leistungsbewertung setzt die Reform neue Akzente. Neben klassischen Klausuren werden verbindlich zwei „Kombinierte Leistungsnachweise“ (KLN) eingeführt, die jeweils eine Klausur ersetzen.

Diese Prüfungsformate verbinden schriftliche und mündliche Anteile sowie produktive und reflektierende Elemente. Damit werden Schülerinnen und Schüler frühzeitig auf die Anforderungen der Qualifikationsphase vorbereitet – zugleich werden Kompetenzen gestärkt, die für Studium, Ausbildung und Beruf von zentraler Bedeutung sind.

Die GGG sieht hierin einen wichtigen Schritt hin zu einer vielfältigeren und zeitgemäßen Prüfungskultur.

Auslandserfahrungen ausdrücklich gewollt

Besonders begrüßt die GGG, dass der Schulbesuch im Ausland ausdrücklich als wertvolle Bildungsbiografie anerkannt und künftig erleichtert werden soll. Die Anpassung der Anerkennungsbedingungen im Kontext der neuen Wahlmöglichkeiten sendet ein starkes Signal für Offenheit, Internationalität und persönliche Entwicklung.

Mehr Freiheit braucht Verlässlichkeit

Die GGG betont zugleich: Mehr Gestaltungsspielraum für Schulen setzt politische Verlässlichkeit voraus. Wer Profilbildung, alternative Leistungsformate und individuelle Förderung ernst meint, muss für ausreichende Ressourcen, Fortbildungsangebote und begleitende Unterstützung sorgen.

Nur so kann sichergestellt werden, dass die angestrebten Qualitätsgewinne in der schulischen Praxis tatsächlich wirksam werden.

Klare Unterstützung für die Reform

Insgesamt sieht die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule in Niedersachsen in der Oberstufenreform einen konsequenten und richtigen Schritt hin zu einer modernen, leistungsfähigen und gerechteren Oberstufe. Die vollständige Neufassung der Verordnung beendet bestehende Widersprüche und schafft Klarheit nach zahlreichen Änderungen der vergangenen Jahre.

Der Vorstand der GGG Niedersachsen spricht sich daher mit Nachdruck für die Umsetzung der geplanten Reform aus. Niedersachsen ist auf dem richtigen Weg – mit mehr Vertrauen in die Lernenden, klareren Strukturen und einem starken, vergleichbaren Abitur für die Zukunft.



Ulla Pleye

Landesvorsitzende